

## **P-1 Neue Perspektiven gegen alte Krisen**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 03.07.2020  
Tagesordnungspunkt: P - Aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

1 Wir leben in einer krisenhaften Gesellschaft. Die letzten Wochen und Monate  
2 haben uns mehr als deutlich vor Augen geführt, was das bedeutet. Dabei hat  
3 Covid-19 ans Tageslicht gebracht, welche Konsequenzen die Versäumnisse der  
4 letzten Jahre haben. Die Verbreitung von Corona war dabei nicht die Ursache,  
5 sondern Katalysator der Krisen und Symptom der Verfassung unserer Gesellschaft  
6 zugleich. Die Gleichzeitigkeit der gegenwärtigen Krisen stellt uns vor komplexe  
7 Herausforderungen. Stärker als bisher ist nun offensichtlich geworden, dass wir  
8 es uns nicht leisten können, die Probleme, die unzählige Leben jetziger und  
9 zukünftiger Generationen bedrohen, aufzuschieben und uns mit kurzfristigen  
10 Schönheitsreparaturen zufrieden zu geben. Die Gesundheitskrise gefährdet nicht  
11 nur die medizinische Versorgung ganzer Gesellschaften, sondern offenbart auch  
12 die unbeständige Solidarität zwischen Nationen, für die wir weltweit wie in der  
13 Europäischen Union hart gekämpft haben. Die Wirtschaftskrise, unter deren  
14 Vorzeichen schon jetzt unzählige Existenzen bedroht sind, droht unsere  
15 Gesellschaft weiter und tiefer zu spalten als je zuvor. Der tief in unserer  
16 Gesellschaft verankerte Rassismus wirkt als Verstärker bestehender und Erzeuger  
17 neuer Ungleichheitsmechanismen.

18 Dass wir nun mit diesen Krisen umgehen müssen, sollte niemanden überraschen. Sie  
19 zeigen keine neuen Probleme. Sie sind der Ausdruck einer krisenhaft angelegten  
20 Gesellschaft, deren Mechanismen sich in existenzbedrohender Ungerechtigkeit  
21 zeigen und in unzulänglichen (Ab)Sicherungssystemen manifestieren.

22 Diese Krisen sind im System angelegt. Krisen sind längst keine kurzfristigen  
23 Ereignisse mehr, die sich mit einzelnen Maßnahmen lösen lassen. Sie sind zum  
24 traurigen Normalzustand geworden, über den zu häufig hinweggesehen wird. Doch  
25 das muss nicht so bleiben. Um diese Krisen wirklich anzugehen und eine bessere  
26 Welt zu erkämpfen, müssen unsere Lösungen an der Wurzel ansetzen: Systembedingte  
27 Probleme brauchen systemverändernde Lösungen!

28 Wir sehen auch unzählige Menschen, die das erkannt haben. Aktivist\*innen  
29 verschiedener Bewegungen schließen sich zusammen und organisieren sich im Kampf

30 für Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft. Gemeinsam stehen wir für  
31 solidarische Wege aus der Krise, die dort ansetzen, wo es notwendig ist. Wir  
32 schaffen neue Perspektiven gegen alte Krisen!

### 33 **Fight Every Crisis: Klima in der Krise**

34 Starke Momente der Organisierung von Aktivist\*innen haben wir in den letzten  
35 Jahren im Kampf gegen die Klimakrise erlebt. Ganze Gesellschaften sind weltweit  
36 auf die Straße gegangen um globale Klimagerechtigkeit und das Recht auf Zukunft  
37 einzufordern. Neben Überschwemmungen, Hitzesommern und Dürreperioden als direkte  
38 Konsequenzen erhöhter Durchschnittstemperaturen steigt auch das Auftreten von  
39 Infektionskrankheiten durch gestörte Ökosysteme mit geringer Biodiversität:  
40 Covid-19 hat erneut gezeigt, welche Auswirkungen der Raubbau an der Natur für  
41 uns haben kann. Um hier entgegenzuwirken, müssen Maßnahmen Hand in Hand gehen:  
42 Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken in der Landwirtschaft, das die  
43 Produktion guter Nahrung unter guten Bedingungen im Rahmen planetarer Grenzen  
44 sicherstellt. Ökosysteme brauchen Platz! Das Eindämmen des Flächenverbrauchs,  
45 der konsequente Kampf gegen vor Umweltverschmutzung und der strenge Schutz von  
46 großen und zusammenhängenden Naturschutzgebieten stellt das sicher.

47 Effektiver und konsequenter Natur- und Artenschutz ist unsere Existenzbedingung  
48 und muss auch als solche behandelt werden.

49 Um der Klimakrise wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, fordern wir seit Langem  
50 weltweit das effektive und gezielte Handeln der Regierungen ein. Covid-19 hat  
51 gezeigt, dass dies nicht unmöglich ist. Gemeinsam mit Virolog\*innen,  
52 Gesundheitsexpert\*innen, den Bundesländern und der Opposition wurden nationale  
53 Maßnahmen und Krisenpläne binnen einer Woche aufgestellt und verabschiedet.  
54 Sogar die Schwarze Null wurde über Bord geworfen, um die Konsequenzen der  
55 Pandemie einzudämmen. Auch die Klimakrise muss als politische Krise ernst  
56 genommen und als solche behandelt werden. Das Eindämmen der Klimakrise erfordert  
57 noch tiefgreifendere Veränderungen - doch sie trifft uns auch weniger  
58 unerwartet. Sie zu bewältigen erfordert ein hohes Maß an demokratischer  
59 Teilhabe: Demokratie bedeutet, dass Menschen über die sie betreffenden Umstände  
60 selbst mitentscheiden können. Eine klimaneutrale Gesellschaft kann nicht einfach  
61 von oben verordnet werden. Sie zu erreichen, ist ein komplexer  
62 Aushandlungsprozess, in dem zentrale und dezentrale Initiativen Hand in Hand  
63 gehen müssen. Wir brauchen partizipative Räume, wie bspw. Bevölkerungsräte, um  
64 staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln zusammen zu bringen.

65 Die Krisen unserer Zeit hängen zusammen: Ihre strukturellen Ursachen gleichen  
66 sich. Sie müssen gemeinsam und konsequent bekämpft werden. Der Weg aus der Krise  
67 kann nur durch systematische Lösungen gelingen.

### 68 **Klatschen zahlt keine Miete: Gesundheit in der Krise!**

69 Covid-19 hat unsere Gesundheitssysteme weltweit auf den Prüfstand gestellt. Wir  
70 konnten deutlich sehen, dass sie den Anforderungen nicht gewachsen sind. Dabei  
71 haben wir beobachtet, wie die von der europäischen Austeritätspolitik  
72 gebeutelten Gesundheitssysteme in Südeuropa besonders hart getroffen wurden. Die  
73 Folgen sind verheerend und zeigen uns unmissverständlich, dass die  
74 Ökonomisierung von Gesundheitssystemen tödlich ist. Doch auch in Deutschland  
75 wurde das Gesundheitssystem systematisch kaputtgespart. Die Umsetzung von  
76 Profitlogiken im Gesundheitsbereich zeigt sich auch hier im Abbau von Betten und  
77 der seit Jahren anhaltenden Pflegekrise. Die Bedürfnisse von Patient\*innen und  
78 Pfleger\*innen sind weit in den Hintergrund gerückt. Die Corona-Pandemie hat  
79 jedoch verschärft gezeigt, wie wichtig sie sind, wenn wir besonders auf eine  
80 funktionierende Gesundheitsversorgung angewiesen sind.

81 Die Wertschätzung der Arbeit von Pfleger\*innen wurde vor allem durch abendlichen  
82 Applaus sichtbar. Der angekündigte Pflegebonus sollte sie - zumindest einmalig -  
83 auch auf dem Lohnzettel abbilden. Dass dieser nun ausschließlich einer kleinen  
84 Gruppe der Beschäftigten zu Gute kommen soll, ist weder angesichts der hohen  
85 alltäglichen Arbeitsbelastung, noch als Ausdruck der Wertschätzung im Rahmen der  
86 Krise angemessen. Ein flächendeckender Bonus von 1.500€ für alle  
87 gesellschaftsrelevanten Berufe wäre ein erster guter Schritt zu angemessener  
88 Wertschätzung und Bezahlung. Doch es geht um mehr als einmalige Boni: Um unser  
89 Gesundheitssystem zu sichern, müssen sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege  
90 endlich verbessern und endlich ein fairer Tariflohn für die Pflege her!

91 Die Gesundheitsversorgung hat die bestmögliche Versorgung von Patient\*innen zum  
92 Zweck. Ein Vergütungssystem, das sich nach Fallpauschalen richtet, zwingt aber  
93 zur Orientierung am Erlös statt an der Patientin. Für eine gute  
94 Gesundheitsversorgung muss sich die Finanzierung nach dem Bedarf richten, nicht  
95 nach der Zahl der Fälle.

96 Gesundheit ist keine Ware und die Gesundheitsversorgung von Menschen darf nicht  
97 als solche behandelt werden. Unsere Gesundheit ist mehr wert als die Profite  
98 einzelner!

99 Durch die globale Bedrohung ist allerdings auch noch eine weitere Wahrheit  
100 deutlich geworden. Nicht nur unsere Gesundheitsversorgung, auch die Solidarität  
101 zwischen Ländern weltweit und in der Europäischen Union steht auf wackeligen  
102 Füßen: Die Gesundheitskrise ist auch zur Solidaritätskrise geworden. Die erste  
103 Antwort der europäischen Nationalstaaten waren Grenzschließungen und  
104 Exportstopps überlebenswichtiger Güter. Doch eine globale Krise lässt sich nicht  
105 mit Nationalismus lösen! Was wir brauchen, sind gemeinschaftliche Lösungen, von  
106 denen alle profitieren. Im global angelegten Wettstreit um Wachstumsraten und  
107 Exportrekorde ist Solidarität nicht angelegt. An diesen Grundsätzen müssen wir  
108 rütteln, wenn wir gemeinsam erzeugte und erlebte Krisen nicht auf dem Rücken  
109 Schwächerer austragen wollen. Bedingungslose Finanzhilfen und die koordinierte  
110

111 Produktion und Verteilung von medizinischer Ausrüstung und Medikamenten öffnen  
112 Perspektiven für eine andere Form globaler Kooperation. Weltweite Solidarität  
muss der Wegweiser für eine universale Krisenbekämpfung sein!

### 113 **Ein Rettungsschirm für die Menschen: Wirtschaftskrise auffangen!**

114 Das Konjunkturpaket der Bundesregierung soll die Wirtschaft aus der Krise  
115 bringen. Doch die 130 Milliarden Euro versprechen für die meisten hier lebenden  
116 Menschen keine ausreichende Verbesserung und Absicherung. Denn die  
117 Wirtschaftskrise trifft nicht alle gleich: Die finanzielle Last tragen zur Zeit  
118 vor allem die, die auch schon vor der Krise mit Existenznot gelebt haben.  
119 Während Manager\*innen noch immer hohe Summen einstreichen, leben etliche  
120 Beschäftigte in Kurzarbeit mit Gehältern, die kaum zum Leben reichen. Die  
121 Refinanzierung dieser Hilfen über Steuergelder und öffentliche Einnahmen trifft  
122 wiederum Geringverdiener\*innen am Stärksten. Wir brauchen ein progressives  
123 Refinanzierungsmodell und eine klare Zweckbestimmung der Gelder - nur so können  
124 sie uns aus der Krise helfen!

125 Schon die ersten Wochen nach den Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben  
126 uns gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen: Die Arbeitslosigkeitsraten  
127 steigen, tausende Beschäftigte sind in Kurzarbeit und können von diesem Lohn nur  
128 mühsam leben. Prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse erleben während der  
129 Krise einen traurigen Aufschwung. Investitionen in die Rettung von Unternehmen  
130 sind wichtig, um kurzfristig Arbeitsplätze zu erhalten und so zahlreiche  
131 Existenzen zu sichern. Dabei müssen wir dennoch vor allem diejenigen  
132 berücksichtigen, die schon zu oft durch das Raster gefallen sind. Eine sofortige  
133 Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um 200€ und eine allgemeine Krisengrundsicherung  
134 schützen Existenzen vor der gestiegenen finanziellen Belastung und Unsicherheit.

135 Auch junge Menschen und ihre Zukunftspläne sind stark von der Wirtschaftskrise  
136 getroffen. Sie wissen nicht, wie es in Ihren Betrieben weiter geht oder wie sie  
137 ihren Lebensunterhalt ohne Nebenjob finanzieren sollen. Das Lernen in der  
138 Ausbildung oder an der Universität sollte hier im Fokus stehen. Kurzarbeit und  
139 Existenzängste sind dabei nur hinderlich. Hier sind unbürokratische Lösungen  
140 notwendig: Hier sind unbürokratische Lösungen notwendig: die Öffnung der BaFög-  
141 Förderung und die Erhöhung der BaFög Sätze für Student\*innen sowie die direkte  
142 Unterstützung Auszubildender ist längst überfällig.

143 Die Krise zeigt uns jedoch auch, dass eine Existenzsicherung nicht an Lohnarbeit  
144 geknüpft sein darf und Investitionen vor allem auch in belastbare und  
145 verlässliche Sicherungssysteme getätigt werden müssen.

146 Wir müssen diese Krise gemeinsam meistern und dabei gleichzeitig bestehende  
147 Einkommens- und Vermögensungleichheiten abbauen. Ihre Bewältigung darf nicht auf  
148 dem Rücken derer ausgetragen werden, die im bestehenden System durch neoliberale

149 Marktmechanismen in die Armut gedrängt werden. Was wir jetzt brauchen, sind  
150 Investitionsmaßnahmen, die uns als Gesellschaft näher zusammen bringen und nicht  
151 die Konfliktlinien zwischen Generationen oder marginalisierten  
152 Gesellschaftsgruppen aufreißen.

153 Die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung werden diesem Anspruch nicht  
154 gerecht. Es fehlt an progressiven Umverteilungsmechanismen, die der sozialen  
155 Spaltung unserer Gesellschaft auch langfristig entgegenwirken können. Wir  
156 brauchen endlich eine Grundsicherung, die den Menschen in seiner Würde und  
157 seinen Möglichkeiten nicht einschränkt – sanktionslos und mit genügend  
158 Absicherung für soziale Teilhabe. Investitionspakete müssen an diesem Anspruch  
159 gemessen werden. Nur der sozial-ökologische Umbau unserer Wirtschaft kann uns  
160 aus der Krise führen!

### 161 **Gesellschaft in der Krise: Solidarität, Zusammenhalt und Antirassismus**

162 Krisen befeuern die gesellschaftliche Spaltung mit populistischen Erzählungen.  
163 Dies zeigt sich beispielsweise in den selbsternannten "Hygiene"-Demonstrationen,  
164 die besonders stark von antisemitischen Ideologien und Verschwörungsmythen  
165 geprägt sind. Statt einer sachlichen Auseinandersetzung über sinnvolle und  
166 effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden hier vermeintlich  
167 Schuldige ausgemacht und jahrhundertalte Mythen wieder belebt. Insbesondere  
168 Akteur\*innen der Neuen Rechten versuchen aus diesen Demonstrationen politisches  
169 Kapital zu schlagen. Wir stellen uns daher entschlossen gegen diese  
170 Akteur\*innen und fordern konsequentes Handeln gegen rechte Strukturen ein.  
171 Menschenfeindliche Ideologien können niemals den Weg aus der Krise weisen! Ein  
172 Effekt jeder Krise ist die gesellschaftliche Verunsicherung. Damit diese  
173 Verunsicherung Hass, Diskriminierung und Ausschließung nicht noch weiter  
174 verstärkt, brauchen wir eine effektive Sicherung von Existenzen, transparente  
175 Entscheidungsfindung und die Weitergabe von Informationen auf Augenhöhe.

176 In der Krise zeigen sich Symptome des seit Jahren voranschreitenden autoritären  
177 Umbaus in Europa und weltweit. Wir sind uns bewusst, dass Krisenzeiten diese  
178 Entwicklungen begünstigen können. Daher muss unsere Antwort auf die Krise immer  
179 von Solidarität geleitet sein. In aller Deutlichkeit solidarisieren wir uns als  
180 Grüne Jugend mit der Black Lives Matter-Bewegung und den weltweit stattfindenden  
181 Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. Der Mord an George Floyd hat eine  
182 dringend notwendige Debatte über strukturellen und institutionalisierten  
183 Rassismus ausgelöst - weit über die USA hinaus. Diese tief verankerten Rassismen  
184 müssen wir auch in Deutschland mit aller Entschlossenheit bekämpfen.

185 Die Debatte in Deutschland und Europa darf nicht mit warmen Worten enden,  
186 sondern muss in tiefgreifenden Veränderungen münden. Insbesondere in der  
187 gegenwärtigen Asylpolitik, unzulänglichen sozialpolitischen Maßnahmen und den  
188 Sicherheitsbehörden wird der strukturelle und institutionalisierte Rassismus

189 deutlich. Statt reflexartig die deutsche Polizei von Rassismus frei zu sprechen,  
190 brauchen wir eine ehrliche und umfassende Analyse über herrschende rassistische  
191 Strukturen und Praktiken. Die Skandale der letzten Monate in deutschen  
192 Sicherheitsbehörden wie das rechtsextreme Netzwerk Hannibal, den NSU 2.0 und die  
193 zahlreichen Opfer deutscher Polizeigewalt machen dies nur allzu deutlich.

194 Die gesellschaftliche Debatte über Ausgrenzung und Rassismus muss sich in allen  
195 staatlichen Institutionen und dem Sicherheitsapparat manifestieren. Eine  
196 umfassende Reform der Polizei beinhaltet unter Anderem die anonyme  
197 Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten, externe Ermittlungs- und  
198 Beschwerdestellen durch unabhängige Polizeibeauftragte sowie die  
199 Entmilitarisierung und rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen. Nur durch  
200 eine neue Fehlerkultur und die vertiefte Ausbildung zu Deeskalationsstrategien  
201 und Antirassismus kann der gefährliche Korpsgeist der Polizei gebrochen werden.

202 Als Ideologie der Ungleichheit legitimiert Rassismus auch soziale Unterschiede  
203 in unserer Gesellschaft. Hier müssen wir das Problem an der Wurzel packen:  
204 historisch erzeugte soziale und finanzielle Benachteiligungen müssen abgebaut  
205 und ausgeglichen werden. Eine mutige Sozialpolitik, die Vielfalt und Teilhabe  
206 fördert, ist unerlässlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Sie  
207 muss Baustein einer antirassistischen Politik sein.

208 Seite an Seite kämpfen wir gegen rassistische Strukturen und rassistisches  
209 Gedankengut. Dieser Kampf muss ernst genommen werden. Nur durch konsequentes und  
210 ehrliches Handeln können wir den Rassismus überwinden. Was wir brauchen, sind  
211 Lösungen, die Sicherheit, soziale und demokratische Teilhabe für alle  
212 garantieren und in die alle gleichermaßen vertrauen können!

### 213 **Neue Perspektiven gegen alte Krisen**

214 Die Wege aus der Krise müssen zu einem selbstbestimmten Leben in Freiheit und  
215 Würde für alle Menschen führen. An diesem Ziel müssen sich auch die Maßnahmen  
216 der Krisenbekämpfung orientieren.

217 Die öffentliche Debatte über die strukturellen Ursachen der Krisen wird noch zu  
218 wenig geführt. Dennoch sind ihre Anfänge eine Chance, um echte Veränderungen auf  
219 den Weg zu bringen. Dieses Handlungsfenster müssen wir nutzen, wenn wir gestärkt  
220 aus der Krise hervorgehen wollen. Resilienz und Solidarität müssen dabei die  
221 Wegweiser für eine effektive Krisenpolitik sein.

222 Wir stellen uns gemeinsam den komplexen Herausforderungen unserer Zeit. Als  
223 Organisation und Teil einer weltweiten Bewegung für tiefgreifende Veränderungen  
224 bringen wir die Kämpfe zusammen, die zusammen gehören. Es wird Zeit für neue  
225 Lösungen!